

zu verheißen, statt zu verkünden, wie sie verwirklicht werden sollen. Über solche Allgemeinheiten hinaus kann man aber nur sehr schwer gehen. Die wirtschaftlichen Tatbestände eines gegebenen Zeitpunkts sind die Ergebnisse wirtschaftlicher Handlungen der vorausgegangenen Periode: Um die Tatbestände der Zukunft richtig vorauszusehen, müßte man die Handlungen der Gegenwart vollständig und eindeutig erfassen. Mit der Technik der Konjunkturforschung lassen sich in der Tat Produktionsmengen, Löhne, Zinssätze, Preisbewegungen mehr oder minder genau darstellen. Man kann aus ihren Auf- und Abbewegungen Schlüsse auf die Motive der Handelnden ziehen und in normalen Zeiten Richtung und Stärke voraussehen, nach der sie hinwirken. Dabei lassen sich natürlich eine ganze Anzahl wichtiger Vorgänge aus dem Wirtschaftsleben nur bedingt richtig einschätzen: alle die Vorgänge, die, wie die Ernten, von den Launen der Natur abhängen.

Viel wichtiger für alle praktischen Voraussagen ist aber die Politik. Die Politik ist die Kunst, sich richtige Ziele zu setzen und diese Ziele mit den geeigneten Mitteln zu verfolgen. Über diese Definition kann man sich leicht einigen. Wenn aber Regierungen und Völker sich darauf versteifen, falschen Zielen nachzugehen, d. h. Zielen, die ihrem Wesen nach unerreichbar oder innerlich zweckwidrig und widerspruchsvoll sind, oder wenn sie richtig erkannte Ziele mit ungeeigneten, unbrauchbaren Mitteln zu verwirklichen suchen, so hört die Kunst der Voraussage ohne weiteres auf.

Man könnte das Folgende sagen: Wenn die europäischen und amerikanischen Regierungen sich zu vernünftiger Wirtschaftspolitik und zu vernünftiger Politik im allgemeinen, rechtzeitig entschließen, könnte 1932 ein Jubiläumsjahr der Menschheit werden. Sie haben zweifelsohne alle die beste Absicht. Sie tun aber entweder das Richtige erst dann, wenn es schon nicht mehr richtig ist, oder sie lassen sich von Wegen abtreiben, die sie selbst als richtig bezeichnet haben. Sie haben sich in den meisten Ländern von der unbequemen Kontrolle parteiwütiger Parlamentsmehrheiten zu befreien gewußt. Sie machen in dieser scheinbaren Freiheit größere Zugeständnisse an raubsüchtige Sonderinteressen als unter parlamentarischem Druck.

Seit mindestens fünf Jahren haben fast alle wichtigeren Regierungen in Genf und außerhalb Genfs erklärt, eine der Hauptursachen der wirtschaftlichen Spannungen der Welt sei die Schutzzollpolitik, die in der Abschnürung der Märkte fast aller Länder sich fühlbar mache. Seit der ersten Weltwirtschaftskonferenz gibt es grundsätzliche Schutzzöllner überhaupt nicht mehr. Es gibt nur noch Freihändler, die wider ihr besseres Wissen und Gewissen überall neue Schutzzölle aufrichten. So hat z. B. die nationale englische Regierung in der Septemberpanik und durch die Entwertung des englischen Pfundes anderen Währungen gegenüber das geschaffen, was man „Valutadumping“ nennt. Mit den unerhofften Ergebnissen dieses Valutadumpings ist man aber nicht zufrieden gewesen und hat nach richtigen Schutzzöllen gerufen, da nur die Drosselung der Einfuhr das Gleichgewicht der englischen Handelsbilanz wiederherstellen könne. In der Erwartung künftiger Schutzzölle hat ein gesteigerter Vor-Import nach England stattgefunden. Dadurch soll die Handelsbilanz weiter verschlechtert worden sein, so daß durch das darauffolgende Geschrei die Regierung gezwungen ist, ein